Ausführliche Stellungnahme des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff zur Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2014 durch Innenminister Boris Pistorius und Landespolizeipräsident Uwe Binias am 30. März 2015

1. Kriminalitätsentwicklung auch 2014 auf hohem Niveau
Der Anstieg von rund 7.000 registrierten Fällen macht deutlich, dass die Kriminalität auch in Niedersachsen auf einem hohen Niveau bleibt. Hinzu kommt die Dunkelziffer. Niemand will Niedersachsen unsicher reden, dennoch sind dringend Maßnahmen erforderlich.

2. Aufklärungsquote bei rund 60 Prozent wichtiges Indiz guter polizeilicher Arbeit
Auch wenn die Aufklärungsquote nicht überbewertet werden sollte und dies durch den jetzigen Innenminister auch nicht getan wird, ist sie ein wichtiger Anhaltspunkt guter Polizeiarbeit. Entscheidend ist ausreichend Personal und Technik und flächendeckende Präsenz, die auch zur Prävention notwendig ist. Dort, wo Polizei präsent ist, und dort, wo Polizeidienststellen vorhanden sind, kann Kriminalität verhindert werden - und es kommen Menschen zur Anzeigenerstattung zur Polizei, beziehungsweise ist die Polizei Hilfeleister und schnell vor Ort. Die Schließung von Dienststellen in der Fläche ist grundsätzlich abzulehnen.

3. Cybercrime und Kinder- und Jugendpornographie
Der Anstieg auf diesen Feldern - besonders bei einem der schlimmsten Deliktsbereiche, der Jugend- und Kinderpornographie - erfordert zusätzliches Personal und keine Umschichtungen. Außerdem müssen die Strafen schmerzhaft sein und auch tatsächlich erfolgen.

4. Diebstahldelikte
Dies ist ein Deliktsbereich, der unmittelbar in das Leben der Opfer eingreift. Die Zunahme von rund 2.600 Fällen insgesamt klingt mit einem Prozent erst einmal wenig, macht aber dennoch deutlich, dass der bislang schon hohe Wert noch einmal gesteigert wurde. Die Zunahme bei Diebstählen unter erschwerten Umständen mit zirka 3.500 zusätzlichen Fällen im Vergleich zu 2014 bei gleichzeitig gesunkener Aufklärungsquote macht deutlich, dass die Ermittlungsarbeit intensiviert werden muss.

5. Rauschgiftdelikte
Der Anstieg in diesem Bereich und insbesondere bei Cannabisdelikten ist besorgniserregend. Diese Deliktsbereiche sind Kontrolldelikte, was bedeutet, dass man den Tätern „auf den Füßen zu stehen hat“ und die Strafen auch durchgesetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang sieht die GdP seit jeher Cannabis als Einstiegsdroge, lehnt daher auch aufgrund des gestiegenen THC-Wertes der Pflanzen eine Legalisierung weiterhin ab und kann nur allen verantwortlich

handelnden Personen und Organisationen anraten, hier mehr in Prävention zu investieren, anstatt einer Legalisierung das Wort zu reden.

6. Gewalt gegenüber Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten
Stetig zunehmende Zahlen und auch die Steigerung in der Intensität der Gewalt erfordern sofortiges Handeln. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass immer wieder Steigerungen festgestellt werden, aber die Maßnahmen an der Oberfläche bleiben. Ein Angriff auf eine Polizeibeamtin / auf einen Polizeibeamten ist immer auch ein Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unseren Staat. Insgesamt 934 Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, die Anzahl der Angriffe sind erheblich höher, ganz zu schweigen von Beleidigungen, Spucken, Schubsen und anderem mehr. Die GdP fordert seit Jahren einen eigenen Strafrechtsparagraphen (§ 115 StGB), der Angriffe auf Vollzugs- und Rettungskräfte separat unter Strafe stellt. Die jetzigen Strafrechtsnormen werden diesem Delikt nicht gerecht. Der saarländische Justizminister hat aktuell die GdP-Initiative aufgegriffen und wird einen dementsprechenden Gesetzentwurf in die politische Diskussion einbringen. Mit Schreiben vom 27. März 2015 hat die GdP Niedersachsen die hiesige Justizministerin sowie den Innenminister angeschrieben und appelliert, das Gesetzesvorhaben seitens Niedersachsens zu unterstützen.
Hinzu müssen einerseits die Fortbildungen im Bereich der Selbstverteidigung intensiviert und andererseits die polizeilichen Hilfs- und Schutzmittel verbessert werden. Die GdP Niedersachsen hat überdies Innenminister Pistorius angeschrieben und die Einführung sogenannter „Body Cams“ gefordert. Das Land Hessen hat damit hervorragende Erfahrungen gemacht: Die Angriffe auf die eingesetzten Kräfte haben sich um rund 50 Prozent verringert. Es gibt keine Argumente dagegen.
Daneben muss gesellschaftliche Arbeit geleistet werden. Der Gewalt kann nicht allein von der Polizei begegnet werden.

7. Wohnungs-/ Hauseinbrüche
Der Rückgang um rund 8 Prozent ist für uns alle erfreulich, dennoch ist die Zahl von 14.654 Fällen extrem hoch und besonders schädlich, da sich jeder Einbruch stark auf das Lebensgefühl und auf die Psyche der Opfer auswirkt. Neben einbruchshemmenden Maßnahmen sowie aufmerksamen Nachbarn helfen Streifenfahrten und -gänge in Uniform und in Zivilkleidung.

Fazit
Die Straftaten sind auf hohem Niveau nochmals angestiegen. Erklärungsversuche und Erklärungen gibt es, seit die PKS existiert und sie werden gerne politisch genutzt. Die Aufklärungsquote ist mit 60 Prozent zufriedenstellend - allerdings nicht in allen Deliktsbereichen - und fast ausschließlich der guten und professionellen Arbeit der Polizeibeschäftigten zu verdanken. Trotz berechtigter schlechter Stimmung ist die Motivation hoch, sich für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, Straftaten zu bekämpfen, Täter zu fassen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Ein sicheres Niedersachsen ist Ausfluss guter Polizeistrukturen und der hervorragenden Arbeit der Polizei.
Insgesamt ist aber festzustellen, dass allein die Polizei Straftaten nicht verhindern kann. In einer freien Gesellschaft wird es leider immer Straftäter geben und zu Gewalt kommen. Unsere Gesellschaft ist insgesamt gefordert, etwas gegen Gewalt und Straftaten zu tun - und dies schon sehr frühzeitig. Der Bildung kommt hierbei eine entscheidende und zentrale Rolle zu, ebenso sind das Vereinsleben und gute Nachbarschaft wichtig. Dennoch muss ausreichendes, qualifiziertes Personal bei der

Polizei vorgehalten werden. Sie muss in einem Flächenland wie Niedersachsen auch - so gut es geht - vor Ort zu sehen, ansprechbar und erreichbar sein, sollen die guten Vertrauenswerte erhalten bleiben.
Die Rekrutierung von Personal wird weiter schwieriger, die Polizei wird immer älter und auch kranker. Eine Krankenquote von acht bis neun Prozent im Landesdurchschnitt ist entschieden zu hoch. Es müssen Gesundheits- und Vorsorgemaßnahmen intensiviert werden. Gerade die Polizeikräfte aus dem Einsatz- und Streifendienst sowie aus anderen, besonders belastenden Bereichen sollten Vorsorgekuren erhalten.
Und der Polizeiberuf muss insgesamt wieder attraktiver werden. Niedersachsen hinkt mit der Bezahlung weit hinter vielen anderen Bundesländern zurück und liegt an 14. Stelle. In unserem Bundesland gibt es bis auf wenige Ausnahmen bei der Polizei seit 2005 kein Weihnachts- und Urlaubsgeld mehr, seit 1998 wurde für die Polizeianwärter/-innen die Heilfürsorge abgeschafft und für die Älteren stark eingeschränkt. Die Beförderungssituation ist trotz der 1.500 im vergangenen Jahr ausgesprochenen zusätzlichen Beförderungen katastrophal: Man muss im Schnitt zwölf Jahre auf die erste Beförderung warten - das ist einer der schlechtesten Werte bundesweit.
Die GdP fordert wiederholt die Rückkehr zur gerechtfertigten Freien Heilfürsorge und zusätzliche Aufstiegsperspektiven für alle Bereiche in der Polizei. Dies ist notwendig, will man im Konkurrenzkampf um guten Nachwuchs mit der freien Wirtschaft und den anderen Bundesländern bestehen. Schon jetzt verlieren wir jedes Jahr Personal ohne notwendigen Nachersatz. Eine jährliche Einstellung von rund 1.000 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern ist dringend erforderlich, auch um den gestiegenen Terrorgefährdungen entgegenwirken zu können.
Zudem muss die Zahlung beim Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) endlich verbessert und auch das Thema Wiedereinführung von Weihnachtsgeld muss weiter diskutiert werden.
Die schwierige Arbeit wird seitens einiger in der Politik offensichtlich nicht ausreichend wertgeschätzt. Wie kann es sonst sein, dass die am letzten März-Wochenende 2015 unter schwierigen Umständen erzielte Tarifvereinbarung für den öffentlichen Dienst der Länder nicht zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird? Im Übrigen gilt dies für alle Bereiche ebenso außerhalb der Polizei, weil auch durch die Tätigkeit der verbeamteten Menschen unser Gemeinwesen, die Bildung und unsere Sicherheit funktionieren.
Daneben muss diskutiert werden, welche Aufgabe die Polizei erledigen muss. Schwertransporte und Blitzer-Marathons gehören aus unserer Sicht nicht dazu. Und die GdP wird sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen weiterhin vehement gegen die Schließung von Dienststellen stemmen: Polizeiarbeit ist „Vor-Ort-Arbeit“.
Die GdP wird darüber hinaus weiterhin für Verbesserungen und gegen Einschnitte bei der Polizei agieren, sich für die innere Sicherheit und für die Verbesserung der gesellschaftlichen Strukturen einsetzen sowie Unzulänglichkeiten ansprechen und sich konstruktiv an Veränderungen beteiligen.

PRÄSENT, WO´S BRENNT - GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (GdP)